(FEHL)GELEITETE INNOVATIONEN

Ausschnitte *GrazTalk 2: Energie*, Juni 2020: Heimo Ecker-Eckhofen (Geschäftsführer der Ecker-Eckhofen Energie GmbH), Hannes Linder (Pressesprecher der Energie Graz), Johannes Mayer (Leiter der Abteilung Volkswirtschaft der E-Control) und Andrea Pavlovec-Meixner (Grüne Gemeinderätin) im Gespräch mit Ana Jeinić und Adina Camhy (Grazotopia).

Woraus setzt sich das Strommetz zusammen? Was ist in öffentlicher und was in privater Hand? Was bedeutet Strommarktliberalisierung?

Johannes Mayer: Das Stromsystem hat sich dezentral entwickelt und wurde nach und nach zusammengeschlossen. Derzeit gibt es knapp 240.000 km Leitungen in Österreich und 126.000 Kraftwerke, davon 122.000 PV-Anlagen u.a. auf Dächern und Gewerbeanlagen. Der Rest besteht großteils aus Kleinwasserkraftwerken sowie aus ca. 1000 großen Einheiten (Wasserkraftwerke, fossile Wärmekraftwerke, Biomassekraftwerke, Windkraftanlagen und Speicheranlagen), die auch mehrheitlich in öffentlicher Hand sind. Das sind Unternehmen, die nach dem Zweiten Weltkrieg verstaatlicht wurden, wie bspw. große städtische Unternehmen, Landesgesellschaften oder die Verbundgesellschaft. Die kleineren Anlagen gehören eher privaten Unternehmen und Privatpersonen.
Zur Strommarktliberalisierung: Zunächst gab es keine Wahlmöglichkeit und alle wurden von einem „Lokalversorger" beliefert. Ab ca. 1998 führte das Wirtschaftsministerium Preisregulierungen durch bzw. ein. Mit der Vollliberalisierung des österreichischen Strommarktes 2001 und der Tatsache, frei zwischen ca. 70 Lieferanten wählen zu können, hat es einer einheitlichen Regulierungsbehörde bedurft. Vonseiten der EU wurde im Zuge dessen seit 2003 eine Regulierungsbehörde für jeden Mitgliedsstaat vorgeschrieben.
Grundsätzlich wird in Europa versucht, eine möglichst effiziente Energieaufbringung zu erreichen. Es gibt im europäischen Binnenmarkt keine gesetzliche Möglichkeit ein Produkt, das innerhalb der EU rechtmäßig produziert wurde, in einem Mitgliedsstaat zu verbieten.
Man kann aber die Transparenz mithilfe von Zertifikaten erhöhen. Würden vermehrt Ökostrom-Zertifikate von erneuerbaren und nicht von fossilen Anlagen gekauft werden, gäbe es eine gewisse Verschiebung und einen Vorteil für jene erneuerbaren Anlagen. Konsument*innen haben die Chance sich für ein Produkt zu entscheiden.

Ist Energie Graz der einzige Netzbetreiber in Graz? Gehören alle Kabel in der Stadt der Stromnetz Graz? Woher kommt der Strom, der in Graz verbraucht wird?

Hannes Lindner: Es ist sehr komplex, aber ich versuche es mit wenigen Worten auf den Punkt zu bringen: Nein, nicht alle Stromleitungen in Graz gehören der Stromnetz Graz – es gibt zwei weitere Netzbetreiber in der Landeshauptstadt: Die E-Netze Steiermark und das E-Werk Gösting. Physikalisch verfolgt der Strom das Prinzip des kürzesten Weges. Die physikalische Stromherkunft beim Abnehmer (z.B. Haushalt) ist somit vom nächstgelegenen Kraftwerk abhängig. Die Stromflussrichtung hat mit der kaufmännischen Beziehung zwischen Kund*innen und Energieerzeugungsanlage nicht zwingend etwas zu tun. Der kaufmännische Teil wird über den jeweils gewählten Tarif und teilw. über den Zertifikatshandel geregelt. Übersetzt bedeutet das: Wohnt man bspw. in der Nähe eines Flusskraftwerks, lässt sich davon ausgehen, dass die bezogene Energie zu 100% physikalisch aus diesem Flusskraftwerk stammt.
Als Energie Graz betreiben wir drei Kleinwasserkraftwerke am Mühlgang sowie eine Vielzahl an Photovoltaikanlagen in jeder Größe. Entlang der Mur befinden sich mehrere Flusskraftwerke und westlich von Graz liegen das Speicherkraftwerk Arnstein und die Windkraftanlagen auf der Hebalm. Und natürlich gibt es auch private Anlagen, die Strom liefern. Wir haben einen nahezu flächendeckenden Zertifikatshandel. Stark verkürzt kann man sagen: Wer als Kunde*in ausschließlich unseren Naturstrom bezieht, unterstützt die Förderung von Ökostrom-Erzeugungsanlagen. Aber: Nicht nur die Kund*innen sind in der Verantwortung, ein Produkt zu wählen, auch jedes Unternehmen trägt die Verantwortung und entscheidet, welche Produkte es zur Verfügung stellt.

Herr Ecker-Eckhofen, was ist das Ältere Mühlconsortium und was motiviert Sie, sich an der Wassergenossenschaft zu beteiligen? Was steckt hinter dem Begriff „Inselnetz"?

Heimo Ecker-Eckhofen: Ich betreibe, gleich der Energie Graz, drei Wasserkraftwerke am Mühlgang und bin mit dem Kauf der Kraftwerke 2009 automatisch Mitglied des Älteren Mühlconsortiums geworden. Alle, die dort ein Kraftwerk betreiben, sind mit der Rohleistung des Kraftwerks anteilig bzw. werden mit der Wasserkraftnutzung zu einem Mitglied.
Das Ältere Mühlconsortium ist eine über 170 Jahre alte Wassergenossenschaft und im Grunde ein Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Mühlgang in Graz so zu betreuen und zu verwalten, dass die Interessen der Kleinkraftwerksbetreiber*innen gewahrt bleiben. Rechtlich sind wir als Wassergenossenschaft an die Regulatorien des Wasserrechtsgesetzes gebunden. Dazu gibt es zahlreiche Fördermodelle für erneuerbare Energien vonseiten der Regierung, auf die potentielle Betreiber*innen zugreifen können.
Ich würde mir jedoch eine andere Lösung wünschen: Die externen Kosten der fossilen Energieträger müssten internalisiert d.h. die wahren Preise der konventionellen Stromproduktion müssten abgebildet werden. Damit könnten es Produzent*innen erneuerbarer Energie letztendlich ungefördert schaffen am Strommarkt teilzunehmen.
Ein Inselnetz kann unabhängig vom Verbundnetz Strom einer gewissen Güte zur Verfügung stellen. Historisch betrachtet gab es früher ausschließlich Inselnetze. Diese wurden erst nach und nach zu einem Verbund zusammengeschlossen, mit dem großen Vorteil, dass man von nun an Lastflüsse ausgleichen und damit die Versorgungssicherheit erhöhen konnte. Aktuell gibt es einen Trend Richtung Mikronetze [Microgrids], die physikalisch mit dem Verbundnetz verbunden, also genau genommen keine isolierten „Inseln" sind. Die Resilienz des Netzes könnte erhöht werden, da beim Wegfall des Verbundnetzes oder im Fall eines Blackouts Mikronetze in der Lage wären, Strom und Spannung weiter zur Verfügung zu stellen.

Frau Pavlovec-Meixner, bitte könnten Sie kurz Ihre Arbeit im Bereich Energie und Umwelt vorstellen? Welche politischen Maßnahmen werden in Graz im Hinblick auf die Energiewende ergriffen?

Andrea Pavlovec-Meixner: Eine der ersten Initiativen, an denen ich beteiligt war, war eine Aufforderung an die Energie Graz keinen Atomstrom zu importieren – das wurde so auch im Gemeinderat beschlossen.
Energieeffizienz ist ein Thema, das mir besonders wichtig ist, wobei hier in Graz als auch generell in Österreich noch viel Luft nach oben ist – im privaten Bereich, aber besonders bei den Unternehmen. Jede Energie, die wir nicht verbrauchen, muss auch nicht erzeugt werden! Zwischen 2015 und 2019 hat die Stadt Graz eine Gigawattstunde (GWh) an Strom eingespart – diesen Ansatz gilt es weiterzuverfolgen.
Ich habe mich in den letzten Jahren auch damit beschäftigt, den Abwärmeanteil an der Fernwärme zu vergrößern. Z.B. wird die Abwärme des Papierherstellers Sappi im Norden von Graz in das Grazer Fernwärmenetz eingespeist.
Im Falle der Murstaustufen sehe ich einen riesigen Konflikt zwischen Klima-, Natur- und Artenschutz. Frei fließende Flüsse sind ökologisch sehr wertvoll und müssen erhalten werden! Aber in Österreich sind rund 85% der Flüsse gestaut – es gibt kaum mehr frei fließende Strecken. Energiegroßprojekte sind zudem eng mit der Bauwirtschaft verknüpft – in Graz werden für die Murstaustufe große Mengen an Baustoff bewegt.

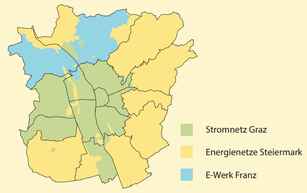
[Transkription: CB, AC, BL]

Blick von der „Seifenfabrik" auf die Wohnbebauung Kasernstraße (c) transparadiso

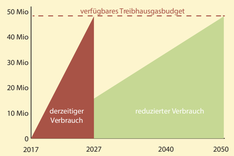
VERTRAGSVERHÄLTNISSE STROMNETZ

Quelle: E-Control

NETZBETREIBER IN GRAZ



VERBRAUCH DES TREIBHAUSGASBUDGETS (GRAZ)



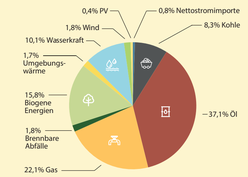
Bei unverändertem Verbrauch wird das geplante Treibhausgasbudget, das bis 2050 reichen sollte, innerhalb einer Dekade aufgebraucht sein.

Ohne Reduktion des motorisierten Individualverkehrs ist es nicht möglich die Pariser Klimaziele zu erreichen.

Verbleibendes Treibhausgasbudget für Graz in Tonnen (CO_2/ CO_2 äquivalent)
Auf Basis des global verfügbaren Treibhausgasbudgets kann jenes für Graz abgeleitet werden.

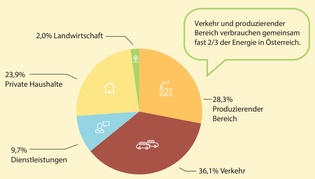
Quelle: „Energiemasterplan Graz, Aktionsplan für nachhaltige Energie Graz", Zwischenbericht 2018, Umweltamt

BRUTTOINLANDSVERBRAUCH 2019 (ÖSTERREICH)



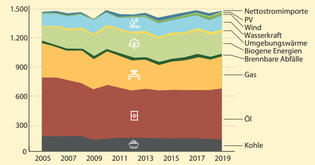
Bruttoinlandsverbrauch: Anteile der Energieträger

ENERGETISCHER ENDVERBRAUCH 2019 (ÖSTERREICH)

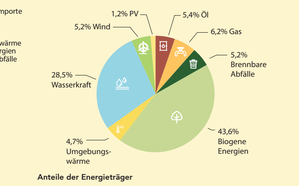


Struktur des energetischen Endverbrauches nach wirtschaftlichen Sektoren

PIRMÄRENERGIEERZEUGUNG 2019 (ÖSTERREICH)



Bruttoinlandsverbrauch nach Energieträgern in Petajoule 2005 – 2019



Anteile der Energieträger

Quelle: „Energie in Österreich. Zahlen, Daten, Fakten", Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK), 2020

ENERGIE ALS DASEINSVORSORGE

Auszüge aus dem Gespräch mit Michael Torner (lehrt an der FH Technikum Wien erneuerbare Energietechnologien, Mitglied von KlimAttac)

Was steckt hinter dem Begriff Energiedemokratie?

Die derzeitige Struktur der Energieversorgung basiert hauptsächlich auf zentraler fossiler Energieerzeugung, bei der vorrangig große Kraftwerke die Produktion übernehmen. Hier können sich Bürger*innen im Grunde nicht beteiligen, da es sich um enorme Finanzbeträge und wirtschaftspolitische Machtverhältnisse handelt. Aus Umwelt- und Klimaschutzgründen ist die große Mehrheit der Bevölkerung für den Ausstieg aus den fossilen und den Umstieg auf erneuerbare Energien. Um das System zu verändern, müsste gleichzeitig ein zivilgesellschaftlicher Kampf gegen neoliberale Machtstrukturen geführt werden. Ein Gegenmodell ist die Energiedemokratie, die dezentrale Energieversorgung mit erneuerbaren Energien miteinschließt.
Dezentralisierung wird unter anderem dadurch vorangetrieben, dass jede*r, der*die ein Eigenheim und Geld besitzt, eine Photovoltaikanlage auf dem Dach installieren kann, wodurch klassische Energieversorger gezwungen sind, ebenfalls auf dieses Geschäftsmodell umzusteigen. Diese Privatisierung beinhaltet natürlich auch Gefahren – es braucht einen sozialen Ausgleich, damit keine Zwei-Klassen-Energiegesellschaft entsteht. Es wäre wichtig, Energie als Daseinsvorsorge zu sehen, wie das auch beim Gesundheitssystem der Fall ist, und sollte in öffentlichem Interesse – in öffentlicher Hand liegen. Darüber hinaus sollte die Öffentlichkeit vorseiten bestehender Energieversorger ein Mitspracherecht erhalten.

Welchen Zusammenhang sehen Sie zwischen sozialer Ungleichheit und der Möglichkeit Strom selbst produzieren zu können?

So toll dieses Projekt an und für sich ist, dass nämlich wir selbst unsere Energieversorgung in die Hand nehmen, so gefährlich und realitätsfremd ist es auch. Aus meiner Sicht ist diese Alternative nicht massentauglich und entspricht aufgrund der hohen Kapitalanforderungen absolut nicht der Lebensrealität der meisten Menschen. Mit PV-Anlagebau beschäftigen sich momentan einige wenige Technologiebegeisterte – und dabei nur diejenigen, die viel Geld und Zeit haben, um damit möglicherweise Profite zu erwirtschaften. Jene, die in prekären Arbeitsverhältnissen stehen, sind ausgenommen, sich daran zu beteiligen, weil sie über kein Haus oder freie Finanzen verfügen. Aus diesem Grund wäre es so wichtig, dass öffentliche Energieversorger das in die Hand nehmen!

[Interview: AC; Transkription: CB, BL]

MEHR POLITISCHE STEUERUNG IN DER ENERGIEPOLITIK!

Auszüge aus dem Gespräch mit Thomas Lampesberger (politischer Referent im Büro der Grünen Umweltstadträtin Judith Schwentner)

Welche Bedeutung hat der Fernwärmeausbau für Graz?

Fernwärme hat einen positiven Einfluss auf die Luft, weil dadurch die Emissionen im Stadtraum reduziert werden. Zudem ist Fernwärme nicht an die Primärenergiepreise gekoppelt – somit sind Endverbraucher*innen nicht von schwankenden Preisen betroffen.
Um den Alternativenergieanteil zu steigern, versuchen wir die Fernwärme durch verschiedene dezentrale Wärmeeinspeisungsquellen zusammenzusetzen. Abwärme wird z.B. von der Sappi Papierfabrik oder von Magna eingespeist.

Wie setzen sich Eigentumsstrukturen der Energieversorger zusammen?

Es ist eine Mischform, da sich einerseits die öffentliche Hand, aber mittlerweile auch Private beteiligen. 75% der Energie Steiermark gehören dem Land Steiermark und 25% der SEU Holding in Luxemburg – einer Tochter der Macquarie Group – eines australischen Konzerns. Bei der Energie Steiermark war es damals eine politische Entscheidung zwischen den Regierenden SPÖ und ÖVP (Voves und Schützenhöfer) 25% zu verkaufen, damit das Land eine Einnahme hat.

Welche Probleme bringen Teilprivatisierungen wie z.B. der Energie Steiermark mit sich?

Als Negativbeispiel fällt mir Großbritannien ein. Bei der Liberalisierung unter Margaret Thatcher, die das Eisenbahnnetz privatisiert hat, haben die privaten Betreiber bei Instandhaltung und Ausbau des Schienennetzes eingespart. Die öffentliche Hand hatte es nicht mehr unter Kontrolle.

Welche Verbesserungen betreffend Energie in Graz wären nötig?

Im Bereich der Energiepolitik sehe ich persönlich, dass mehr politische Steuerung effizienter und zielführender wäre, als eine Energiepolitik, die momentan großteils von den Energieunternehmen selbst gemacht wird. Ein Unternehmen muss wirtschaftlich arbeiten und versucht Profit einzufahren – teilweise sind wirtschaftliche Aspekte wichtiger als ökologische. Im Bereich der Energieeffizienz und der Energieeinsparung würde ich mir wünschen, dass wir mehr gegensteuern.

[Interview: AC, Transkription: CB]

EINE ALLIANZ MIT DER SONNE

Auszüge aus dem Gespräch mit Roland Seepacher (Obmann und Geschäftsführer der MdS - Mit der Sonne eGen)

Wie kam die Idee gemeinsam mit anderen Strom zu produzieren?

Es gab um das Jahr 2010 bereits in Deutschland Photovoltaikgenossenschaften und auch ich wollte mich im Bereich Stromerzeugung engagieren – gemeinsam mit anderen. Ich habe dann begonnen dieses Projekt zu formulieren, es folgten viele Gespräche u.a. mit dem Bürgermeister von Judendorf-Straßengel und verschiedenen Institutionen vor Ort. 2012 wurde schließlich die Genossenschaft gegründet. Aktuell besteht die MdS aus 53 aktiven Mitgliedern mit durchschnittlich fünf Geschäftsanteilen zu je 200 Euro. Neben Anrainer*innen haben sich auch die Gemeinde Gratwein–Straßengel und die Freiwillige Feuerwehr an der Genossenschaft beteiligt."

Wohin fließt euer Strom?

Der produzierte Strom wird ins Netz eingespeist. Mittlerweile haben wir drei solcher Einspeiseanlagen in Betrieb. Nach der ersten 2012 errichteten wir 2017 eine zweite in Semriach [Standort: Tennishalle] und 2018 die dritte Anlage in Hörgas [Standort: Private Stadel]. Der Durchschnittsverbrauch eines Einfamilienhauses liegt bei knapp 4000 kWh im Jahr. Wir können rechnerisch knapp 25 davon versorgen. Wir sind nicht als Energielieferant*innen gelistet, sondern (ein kleiner) Teil des angebotenen Strommixes. Wir liefern unseren Strom an die OeMAG und diese verwertet ihn.

Gibt es ähnliche Projekte rund um Graz und in der Steiermark?

Nachahmer*innen in dem Sinne gab und gibt es wenige. Jetzt übernehmen die Energiekonzerne. Seit 2016 versorgen sie die Verbraucher*innen auch verstärkt via PV-Anlagen. Für mich ist es interessant(er,) kleine Anlagen zu bauen [vgl. Photovoltaik-Park in Voitsberg]. Ich bin auch mit meiner privaten PV-Anlage sehr zufrieden. Aber mit dem Begriff „autark" muss man vorsichtig sein. Das ist nicht möglich. Nicht, weil man zu wenig Strom produziert, sondern zur falschen Zeit. Stichwort: Stromsicherheit! Strom lässt sich zwar speichern, aber nicht ganzjährig. Es gibt keine saisonalen Speicher. Entweder ist man angeschlossen oder man passt seinen Verbrauch an. Nicht gegen, sondern mit dem Strom also.

[Interview und Transkription: BL]

FUNDAMENTE EINER GERECHTEN STADT

Ausschnitte *GrazTalk 3: Boden*, Juli 2020: Gabu Heindl (Architektin/Stadtplanerin), Bernhard Inninger (Leiter des Grazer Stadtplanungsamts) und Elke Kahr (KPÖ Stadträtin) im Gespräch mit Ana Jeinić und Adina Camhy (Grazotopia).

Was ist unter dem Begriff Bodenpolitik zu verstehen?

Gabu Heindl: Bodenpolitik kann man als Politik zu Grund und Boden bezeichnen, es umfasst aber viel mehr, da es im Grunde an der Basis allen Wohnraums und allen öffentlichen Raums ansetzt – ohne Bodenpolitik brauchen wir nicht über leistbares Wohnen oder die Frage „Wem gehört der öffentliche Raum?" sprechen.
Es stellt sich die Frage, inwiefern Gemeinwohl mit Bodeneigentum verknüpft ist und Eigentum verpflichtet. Es gibt für mich keinen Grund – zumindest nicht im städtischen Bereich – Boden zu monopolisieren. Boden ist ein Gemeingut, das aber zu einem Großteil in privater Hand ist.
Stellen wir das Grundeigentum infrage, gilt es zu beantworten, was die Alternative dazu wäre. Wäre der Boden nicht mehr privates Eigentum, auf welche Form des kollektiven Verwaltens würden wir uns verständigen?

Wie kann die Stadt Boden für leistbare Wohnprojekte sichern?

Bernhard Inninger: Im Stadtplanungsamt haben wir in jedem unserer Arbeitsbereiche mit dem Thema Boden zu tun. Stadtplanerische Entscheidungen obliegen dem Gemeinderat, der viele (z.T. entgegengesetzte) Interessen vertritt. Im Bereich der Bebauungsplanung geht es u.a. darum, öffentliche Interessen geltend zu machen. Auch hier treffen sehr unterschiedliche Interessengruppen aufeinander. Wir versuchen vermehrt nicht nur durch Bebauungspläne, sondern mithilfe von Verträgen öffentlichen Interessen nachzukommen.
Der öffentliche Raum, das sogenannte „öffentliche Gut" soll jedem*r zu gleichen Bedingungen zur Verfügung stehen – so steht es in mehreren Gesetzen.

Welche Steuerungsinstrumente hat die Stadt, um Boden für leistbare Wohnprojekte zu sichern?

Elke Kahr: Die Entscheidung, wem Grund und Boden in einer Kommune gehören, war immer schon eine der wesentlichsten. Dort, wo die Stadt selbst im Besitz von Grundstücken war, kann man beim kommunalen Wohnbau sehen, dass die allgemein zugänglichen Freiflächen großzügiger gestaltet sind.
Doch der gemeindeeigene Grund und Boden wurde immer knapper. Der Anteil an kommunalem Wohnraum ist in Graz verhältnismäßig kleiner als der des privaten Eigentums. Damit geriet das politische Kräfteverhältnis in Bezug auf Planung und Gestaltung des öffentlichen Guts in eine Schieflage. Privatinteressen aufseiten der Wohnbauträger*innen und Immobiliengesellschaften widersprechen oftmals den Wünschen und Bedürfnissen der Nutzer*innen.
Es ist zu begrüßen, dass die Stadt einerseits wieder selbst leistbare Wohnungen errichtet und dass es andererseits gelungen ist Vorbehaltsflächen für den kommunalen Wohnbau zu sichern.
Die Stadt Graz braucht Grundstücke um z.B. Gemeindewohnungen zu errichten, aber es ist mitunter schwer an Grundstücke zu kommen. Es gibt einige Beispiele in Graz, wo eine öffentliche Gebietskörperschaft – z.B. der Bund – kein Interesse daran hatte, Flächen der Allgemeinheit weiter zur Verfügung zu stellen. [vgl. Verhandlungen um die Grundstücke der ehemaligen Hummel- und Kirchenkaserne]. Es wurde sehr oft zugunsten der Privaten entschieden. Z.B. war die Kirche als Eigentümerin eines Grundstücks in der Berggasse nicht dazu bereit an die Stadt zu verkaufen, sondern entschied sich für einen privaten Investor, der mehr zahlen konnte. Heute befinden sich dort teure Eigentumswohnungen.

Was lässt sich dem Argument, dass der Markt durch hohe Bodenpreise regulierend wirke, entgegnen?

GH: Hier stellt sich eine grundsätzliche Frage: Wie gehen wir überhaupt mit dem Boden um? – insbesondere im Hinblick auf die Klimakrise. In Österreich werden täglich mehrere fußballfeldergroße Flächen versiegelt, was beweist, dass der freie Markt nichts reguliert. Egal, wem der Boden gehört, es muss sparsam mit Bebauung umgegangen werden!
Wir können von der Geschichte lernen: In Wien gab es vor dem Roten Wien nach dem Ersten Weltkrieg einen sehr guten Mieter*innenschutz. Es war also fast unmöglich, mit Wohnraum Profit zu erwirtschaften. Damals sind die Bodenpreise gesunken, private Investor*innen wollten nicht mehr bauen, weil es unprofitabel geworden war. Heute würde eine (Stadt)Regierung auf eine solche Situation mit der Unterstützung der Privaten reagieren. Das Rote Wien hat daraufhin aber selbst gebaut. Es wurde günstiger Boden angekauft und damit ein großer Pool an Grundflächen für sozialen Wohnbau verfügbar gemacht. Insofern finde ich es super, dass Graz wieder selbst baut!
Das Beispiel Rotes Wien, das weltweit gefeiert wird, ist ein gutes Argument gegen die marktliberale Position. In Städten, wo auf den privaten Markt gesetzt wurde, ist heute die Wohnsituation extrem.
Die Frage nach einer Bodenpreisdeckelung würde noch einmal ein anderer Weg, um grundsätzlich die Bodenpolitik herauszuformen. Warum lässt man überhaupt Spekulationen in dieser Form zu? Mit der Bauordnungsnovelle wurde zuletzt in Wien ein Versuch gestartet: Jede Neu- und Umwidmung ab einer bestimmten Größe wird grundsätzlich auf sozialen Wohnbau gewidmet. Dadurch wird effektiv der Bodenpreis limitiert, weil sozialer Wohnbau an eine maximale Bodenpreishöhe gekoppelt ist, was letztlich einer Bodenpreisdeckelung entspricht. Graz hat mit der Widmungskategorie „Vorbehaltsflächen" etwas vorgezeichnet, das noch viel stärker umgesetzt und durchgedacht werden sollte. Wenn Häuser abgerissen werden, könnte man einen demokratischen Prozess darüber in Gang setzen, der nach dem Wert der Flächen für die Gesellschaft fragt.

Wem gehört der öffentliche Raum, die Parkanlagen und Straßen in Graz? Wer entscheidet über die Nutzung dieser Räume?

BI: Flächen, die man als Stadtbewohner*in als „öffentlich" wahrnimmt, gehören fast allesamt der Stadt. Entweder sind sie öffentliches Gut oder sie sind sogenannter Privatbesitz der Stadt – das trifft auf die meisten Grundflächen zu.
Es gibt verschiedene Regelungen, wie man gestalterisch mit Wünschen nach kommerziellen Nutzungen im öffentlichen Raum umzugehen hat. Wenn beispielsweise ein*e Gastronom*in um die Bewilligung eines Gastgartens ansucht, gibt es Vorgaben. Was es meines Wissens bis dato nicht gibt, ist eine generelle Richtlinie die spezifische zu bewilligende Nutzung betreffend. Es ist nämlich zu beobachten, dass kommerzielle Nutzungsvorhaben einen gewissen „Startvorteil" gegenüber privaten Initiativen ohne kommerzielle Nutzungsabsichten haben.
Durch die intensivere Nutzung des öffentlichen Raums, die an sich ein sehr erfreulicher Trend ist und zum Städtischen dazugehört, ist eine Art Wettbewerb entstanden. Die Konkurrenz um den öffentlichen Raum ist intensiv, und die Konkurrenten sind ungleich.
Deswegen würde ich es begrüßen, wenn es einen politischen Diskurs darüber gäbe, ob man nicht gewisse Räume zu gewissen Zeiten von klassischen kommerziellen Nutzungen freihält. Das ist eine der zentralen Diskussionen für den öffentlichen Raum und das urbane Leben, die natürlich auch und vor allem im Gemeinderat geführt werden muss.

EK: Nach einem sehr langen Prozess wurde vom Gemeinderat einstimmig beschlossen, dass es auch veranstaltungsfreie Zeiten geben muss. Der Andrang kommerzieller Veranstalter*innen auf die Plätze in der Innenstadt ist besonders groß. Das halte ich für unerträglich! Im Rahmen einer Aktion sind Bewohner*innen unserer Stadt aufgerufen Nachbarschafts- und Spielfeste zu veranstalten, die keiner kommerziellen Nutzung zugeführt werden! Jede Initiative, die keine kommerziellen Interessen verfolgt, ist in jedem Fall zu bevorzugen gegenüber Veranstalter*innen, die rein profitorientiert agieren.

[Transkription: CB, AC, BL]

EDITORIAL

Die vorliegende Kooperationsausgabe des *ausreißer* – Die Wandzeitung und LAMA | Das lösungsorientierte Architekturmagazin erscheint im Rahmen des Projekts Grazotopia und befasst sich mit den Themen Energie und Boden(politik). Es ist das zweite der beiden Themenhefte, die zusammen einen kleinen „kritischen Atlas" der Stadt Graz darstellen.

Energie

Kaffee kochen, Handy aufladen, mit der Straßenbahn fahren, es im Winter warm haben – diese alltäglichen Handlungen und Zustände sind nur durch komplexe Infrastrukturen möglich. Aber woher kommen eigentlich Strom und Wärme in die Grazer Haushalte und Betriebe? Wem gehören die Leitungen sowie der Strom, das Gas und die Wärme, die darin fließen? Welche Teile der uns versorgenden Infrastruktur sind in öffentlicher und welche in privater Hand? Und welche Folgen hat ein Handeln im Profitinteresse für die Gesellschaft und unsere Umwelt? Welche Maßnahmen werden in Graz ergriffen, um der Energiewende zu begegnen, und welche politischen Debatten werden dazu geführt? Welche alternativen und vielleicht utopischen Konzepte sind möglich?
Diesen und weiteren Fragen rund um das Thema Energie ging das Grazotopia-Forschungsteam (Carlotta Bonura, Adina Camhy, Ana Jeinić und Bettina Landl) nach, besichtigte im Zuge intensiver Recherchen relevante Anlagen, prüfte Statistiken und durchforstete Archive, befragte zahlreiche Expert*innen, Politiker*innen, Vertreter*innen von Energieunternehmen und Umweltaktivist*innen.

Boden(politik)

Unser Leben spielt sich großteils auf dem Boden ab, auf dem wir wohnen, gehen, fahren oder verweilen. Dieser kann bebaut, versiegelt, bewirtschaftet oder wild bewachsen sein – und nicht immer darf er auch betreten werden. Der Umgang mit Grund und Boden hat große Auswirkungen auf Klima, Gesellschaft und den Lebensraum zukünftiger Generationen. Wem aber gehören Grund und Boden und wie wird entschieden, was darauf passiert?
Seit der Etablierung der kapitalistischen Wirtschaftsform und der für diese charakteristischen Eigentumsverhältnisse kann Boden, wie jede andere Ware, besessen und gehandelt werden. Besonders begehrt und entsprechend kostspielig wird der Boden in wachsenden urbanen Zentren, was ihn zu einem bevorzugten Spekulationsobjekt macht. Welche politischen Maßnahmen sind nötig, um Boden als wertvolle und begrenzte Ressource dauerhaft zu schützen und seine Verwendung als spekulative Anlage einzugrenzen? Sollte (städtischer) Boden als Gemeingut betrachtet und behandelt werden?
Der dritte und letzte Forschungsschwerpunkt im Rahmen von Grazotopia widmet sich dem Thema Grundeigentum und damit der Bodenpolitik.
Wir möchten all jenen Menschen danken, mit denen wir Gespräche geführt und die uns in unserem Vorhaben unterstützt haben. Aus Platzgründen können wir hier nur einen Einblick in einige wenige der Gespräche geben – und das in stark komprimierter und gekürzter Form. Die vollständigen Beiträge sind unter www.ausreisser.mur.at abrufbar.

GRAZOTOPIA

Das im Rahmen von Graz Kulturjahr 2020 stattfindende Projekt Grazotopia stellt ein umfangreiches Experiment in der partizipativen utopischen Stadtplanung und Wohnpolitik dar, dessen Ziel es ist, eine Zusammenarbeit zwischen lokalen und internationalen Expert*innen, Aktivist*innen und Studierenden sowie allen interessierten Stadtbewohner*innen zu ermöglichen.

Mehr Informationen:
www.lama.or.at/grazotopia

VERANSTALTUNGEN

Utopielnkubator (Expert*innenworkshop)
1.7. - 7.7. 2021, Forum Stadtpark
Aufbauend auf der GrazForschung werden in einem Expert*innenworkshop erste utopische Skizzen für Graz entstehen.

UtopieSchule (Seminar und Vorlesungsreihe)
8.7. - 14.7. 2021, Forum Stadtpark
Studierende und Stadtbewohner*innen werden in der UtopieSchule mit Kenntnissen und Fähigkeiten ausgestattet um in weiterer Folge utopische Zukunftsentwürfe zu erarbeiten.

UtopieLabor (Workshop)
15.7. - 21.7. 2021, Forum Stadtpark
In Begleitung eines internationalen Lehrteams werden die Besucher*innen der UtopieSchule ihre eigenen Zukunftsvisionen für die Stadt Graz entwickeln.

Mehr Informationen unter
www.lama.or.at/grazotopia-termine.
Die kostenfreie Anmeldung zur Utopie-Schule und dem UtopieLabor erfolgt per E-Mail an grazotopia@lama.or.at.

Kooperationsausgabe *Grazotopia: Energie/Boden* von ausreißer • Die Grazer Wandzeitung und LAMA | Das lösungsorientierte Architekturmagazin

Gastredaktion: Carlotta Bonura, Adina Camhy, Ana Jeinić und Bettina Landl (Grazotopia)
ausreißer-Redaktion: Ulrike Freitag, Guido Satta (Graphik) und Evelyn Schalk

Interviewpartner*innen der Sonderausgabe: Heimo Ecker-Eckhofen, Andreas Goritschnig, Gabu Heindl, Elke Kahr, Bernhard Inninger, Thomas Lampesberger, Hannes Linder, Johannes Mayer, Andrea Pavlovec-Meixner, Roland Seepacher, Michael Torner und Gerlind Weber

Für anregende Gespräche, hilfreiche Informationen und Fotomaterial bedanken sich die Gastredaktiveurinnen auch bei Susanne Bauer, Markus Bogensberger, Winfried Gansterer, Anastasija Georgi, Martin Haas, Ulrike Hanl, Ingrid Hartlieb, Ulrike Hauer-Fischer, Ulrike Pröllinger, Lena Prehofer, Nicole Pruckermayr, Robert Schmied und den Akteur*innen der Kooperationsplattform Urbane Utopien (u.a. Markus Gönitzer, Thomas Höflehner, Barbara Holub, Andrea Jany, Birgitte Kukovetz, Heidi Prettenhofer, Heidrun Primas, Paul Rajakovics und Michael Rieper)

Gestaltung der Sonderausgabe: Christina Blümel (LAMA | Das lösungsorientierte Architekturmagazin)

Affichierung und Vertrieb: N.R., Lukas Hartleb

VERLEGER UND HERAUSGEBER:
LAMA | Das lösungsorientierte Architekturmagazin, Verein zur Förderung von Medienvielfalt und freier Berichterstattung in Kooperation mit Schauraum Architekturmagazin und Kulturverein für Architektur (Herausgeber von LAMA | Das lösungsorientierte Architekturmagazin)

KONTAKT:
Post: ausreißer - Grazer Wandzeitung, c/o Forum Stadtpark, Stadtpark 1, 8010 Graz
Telefon: +43 316/827734-26, +43 676/3009363
Email: ausreisser@mur.at
Internet: https://ausreisser.mur.at
Newsletter: https://ausreisser.mur.at/newsletter
GRAZOTOPIA und LAMA
Internet: www.lama.or.at
Email: grazotopia@lama.or.at

Die Autor*innen zeichnen für die Inhalte ihrer Beiträge selbst verantwortlich, die darin vertretenen Positionen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wider.

© Die Rech